

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1901

31.1.1901 (No. 26)

Er scheint täglich mit Ausnahme
Sonntags und Feiertags und kostet
in Karlsruhe in's Haus gebracht
vierteljährlich 2 M. 50 Pfg.
(monatlich 65 Pfg., wenn in
der Expedition oder in den Agen-
turen abgeholt), durch die Post
bezogen vierteljährlich 3 M.
25 Pfg., mit Bestellgeld 3 M. 65 Pfg.
Bestellungen werden jederzeit
ausgegeben.

Badischer Beobachter.

Anzeigen: Die sechspaltige Zeit-
zeile oder deren Raum 20 Pfg.,
Reklamen 50 Pfg. Bei öfterer
Wiederholung entsprechender Rabatt.
Anzeigen nehmen außer der Expe-
dition alle Annoncen-Bureaus an.
Redaktion und Expedition:
Mühlstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

Samstags-Beilage:
Das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen“.

Telephon-Anschluß-Nr. 535.

Nr. 26.

Donnerstag, den 31. Januar

1901.

* Zur Organistenfrage

erhalten wir eine weitere kurze Zuschrift, der folgende
Begründungen beigegeben sind:

„Da Sie vor Kurzem in Ihrer geschätzten Zeitung einen
Artikel bezüglich der Organistenfrage drucken und Sie eben-
falls wünschen, die Ansichten von Organisten zu hören,
so sende Ihnen in der Anlage einige Zeilen, die ganz ge-
nau die Meinung der Organisten über die Organistenfrage
darstellen. Würde mich freuen, wenn Sie denselben in Ihrer
geschätzten Zeitung Aufnahme gewähren.“

Die Zuschrift selbst lautet wortgetreu:

„Zu Organistenfrage. Wenn die „Bad. Schulzeitung“
bezüglich des neuen Organistenvertrages etwas
schon in's Jenseits gegangen ist, so wird das wohl von
den meisten Organisten nicht bestritten. In einer Sache
müssen auch wir der Ansicht der „Bad. Schulzeitung“
beistimmen, nämlich der Gehaltsfrage. Fast ohne Aus-
nahme würden sämtliche Lehrorganisten mit Fremden
den neuen Vertrag unterzeichnen, wenn die Gehaltsfrage
eine andere Lösung gefunden hätte. Selbst auch die
Nichtorganisten haben eine andere Regelung gehofft, und so
kommt es, daß auch die besonnensten Elemente gegen
eine Vergütung von 150 M. Front machen. Dieser
Betrag ist entschieden zu niedrig. Nur in den seltensten
Fällen werden Gemeinden über das Mindesteinkommen
hinausgehen. Wenn die Gemeinde die Organistensteuer
verweigert, so bleibt die Aufbesserung auf dem Papier.
Nebenbei fehlt der Kirchenbehörde jede rechtliche Hand-
habe, um eine Gemeinde zur Erhebung von Organisten-
steuer zu zwingen. Es ist aber Pflicht der Kirchen-
behörde, dafür Sorge zu tragen, daß der Organist zu
seinem Gehalte kommt, ohne daß derselbe sich gezwungen
sieht, den Organistenverein niederlegen zu müssen. Es
würde aber eine falsche Auffassung, darin dann ein Ver-
gehen oder Verbrechen zu erblicken; vielmehr muß nach
dem Organisten untersucht werden, damit ihm zukommt,
was ihm von Rechts wegen gebührt.“

Unvergleichlich bietet auch diese Kammergebung lebhaftes
Interesse, wenn auch in etwas anderem Sinne als der
Herr Verfasser zu meinen scheint.

K. S. C. Arbeitsnachweise betreffend.

Die Errichtung von paritätischen Arbeits-
nachweisen, an deren Verwaltung die Organisationen
der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Weise
beteiligt sind, hat bezüglich ihrer Zweckmäßigkeit und
Erfolge eine erfreuliche Anerkennung in den Ver-
einen der Fabrikantenvereine für das Jahr 1899 ge-
funden. So meldet der Beamte für Frankfurt an
der Oder, daß von den acht in seinem Bezirk bestehenden,
meist unter kommunaler Verwaltung stehenden Arbeits-
nachweisen nur der einzige unter gleicher Bethei-
ligung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer
illegal verwalte Arbeitsnachweis zu Frankfurt an
der Oder nennenswerte Erfolge aufzuweisen habe. Im
Verlaufe der Beteiligung der Arbeiter an dem
Arbeitsnachweis der Berliner Brauereien gute Früchte.
Die vier größten kommunalen Arbeitsnachweise ent-
wickelten eine außerordentlich lebhaft Tätigkeit.
Vornehmlich günstige Nachrichten bezüglich der kommunalen
paritätischen Arbeitsnachweise kommen aus einer Reihe
anderer Aufstellungsbezirke. Diese kommunalen paritätischen
Arbeitsnachweise zeigen, daß diese kommunalen paritätischen
Arbeitsnachweise den richtigen Weg darstellen zur
Regelung der Arbeitsvermittlung und jedenfalls mehr
geeignet sind, dem sozialen Frieden zu dienen, als die
von einer Partei einseitig ins Leben gerufenen
Arbeitsnachweise. Durch dieselben findet auch die
im September des Jahres 1898 auf der Konferenz der
Arbeitgeber-Arbeitsnachweise zu Leipzig vom General-
sekretär des Centralverbandes deutscher Industrieller,
Büsch, vorgeschlagene und seitens der Versammlung an-
genommene Resolution: Die Versammlung spricht die

Uebergang aus, daß im Interesse des Groß- und
Kleinhandels der Arbeitsnachweis von den Arbeitgebern
zu organisieren und zu handhaben ist, eine entschiedene
Zurückweisung. Die bisherige Erfahrung hat auch ge-
zeigt, daß der Arbeitsnachweis nur dann seine Aufgabe
erfüllen kann, wenn volle Gewährung dafür geboten wird,
daß er nicht von der einen oder anderen Partei miß-
braucht und seiner bedeutungsvollen eigentlichen Aufgabe
zuwider zur Schädigung der wirtschaftlichen Segner
benutzt wird. Wie bei den Gewerbevereinen eine segens-
reiche Tätigkeit nur möglich ist, wenn Arbeitgeber und
Arbeitnehmer zu gleichen Teilen an der Nachforschung
beteiligt sind, so ist dies auch bei der Verwaltung der
Arbeitsnachweise der Fall. Nur dann werden dieselben
nützlich wirken können, wenn die Vertreter der beiden
Interessengruppen zur Geltung kommen. Dieser Grundsatz
entspricht auch ein von freimüthiger Seite im November
vergangenen Jahres eingebrachter Antrag, nach welchem
im Bedarfsfalle die Kommunalbehörden von der
Landescentralbehörde zur Errichtung und Unterhaltung
gemeinnütziger Arbeitsnachweise angewiesen werden können.
An der Verwaltung sollen Vertreter der Arbeitgeber und
Arbeitnehmer in gleicher Zahl unter dem Vorbehalt eines
Unparteilichens beteiligt werden.“

Deutscher Reichstag.

Berlin, 29. Januar.

Die Beratungen über den Etat des Innern, Titel
Staatsrecht, werden fortgesetzt.

Abg. Fürst Bismarck (liberal-cons.) bekennt die endlosen
Debatten und polemisiert gegen die Abg. Dr. v. Siemens und
Fischer und kommt zu dem Schluß, daß die Getreidezölle
nicht als ein gerechter und notwendiger Ausgleich seien.

Abg. Dr. Pöschke (liberal-cons.) warnt die wachsenden
Faktoren vor zu großer Nachsicht gegen die Agrar-
interessen und meint, im Lande werde sonst eine Gegenbewegung ein-
setzen, die noch härter wäre als die der letzten Jahre. Zum
Schluß verweist er auf die Stellungnahme der Ständever-
treter von Berlin und München in Bezug der Handels-
kammern und des Handelsvertrages.

Abg. Dertel (cons.) führt aus, die Steuerentlastungen seien
auch eine Herabsetzung der Kanalarbeit mit dem Postarat
ab und legen kein Gewicht auf die Stimmen der Städte-
vertretungen und Handelskammern, denn in Postfragen müßten
in erster Linie die Landwirtschaft und die Industrie gehört
werden und beide hätten sich für den Postarat ausgesprochen.
Die Rinde finde keinen Anklang mehr unter der landlichen
Bevölkerung. Der Herrmann, den sie gegen die Erhöhung der
Getreidezölle antriefen wolle, nämlich die beiden frei-
willigen Parteien und die Sozialdemokratie, seien unter-
einander sehr wenig einig.

Abg. Gerstenberg (Centr.) hebt hervor, seine Bauern
im Schwabenlande hätten großes Interesse an
höheren Zöllen. Man solle doch bedenken, daß für die
Kleinbauern auch gerade Getreide und Hafer in Betracht kommen.
Zeit denn die Rinde für alle wenigstens auf diese oder für
Weinzölle zum Schutze der kleinen Weinbauern zu haben?

Abg. Fischer (liberal-cons.) bekennt: Der Kaiser war
es, der die Erhöhung der Zölle als Nahrungsmittel Brot-
mehls genannt. Vorhaltungen vom Fürsten Bismarck, der
nichts weiter ist als der Sohn seines Vaters, verbiten wir
uns! (Große Lärme redt.)

Abg. Bebel (Soz.) sagt, wer ihn beschuldige, den Land-
brief erfunden zu haben, sei ein infamer Kerl. (Lärme.)
Er habe alle Schritte gethan, um amtliche Auskunft zu er-
halten, sie sei ihm jedoch verweigert worden. Das Centrum
betheiligt sich an der Erhöhung der Zölle. Die Erhöhung der
Getreidezölle werde nur den sozialdemokratischen Zielen nützen.
Vizepräsident v. Frege ruft Bebel wegen Verschimpfung
Südens im Anfang seiner Rede zur Ordnung.

Hierauf wird der Antrag auf Debatteübernahme gegen die
Stimmen der Freimüthigen und Sozialdemokraten angenommen.
Der Titel „Gehalt des Staatsrechts“ und eine Reihe
weiterer Titel werden angenommen. Die Abstimmung über
die Resolutionen wurden bis zur 3. Lesung zurückgestellt.

Wegen: Initiativanträge über Wohnungsrecht und
Theaterzinsen.

Deutschland.

Berlin, 29. Januar.

Im Abgeordnetenhaus soll die erste Be-
rathung der Kanalvorlage am nächsten Montag
stattfinden.

Ein Artikel der amtlichen „Berliner Korrespon-
denz“, betitelt „Protonotari“, tritt den Klagen ent-
gegen, daß die Getreidezölle „Brotmehls“ be-
dingen, und betont, die Getreidezölle stellen weder den
Anschaffung der Industrie noch die Beförderung der Lebens-
haltung der Arbeiter an, führten vielmehr dem wirt-
schaftlichen Gedeihen neuen Antriebs zu. Es sei keines-
wegs erwiesen, daß die Getreidezölle eine Pro-
tektion herbeiführen, vielmehr seien die deutschen
Protektionen in den Zeiten niedriger oder fehlender Ge-
treidezölle beträchtlich höher gewesen. Das Urtheil des
Volkes gehe hervor aus einer zweifellosen Reichstags-
mehrheit. Die Lebensinteressen des Vaterlandes gebieten
eine Stützung der gedrückten Landwirtschaft. Der Kern
der Opposition werde die Regierung nicht von dem
wohlerwogenen Standpunkte abbringen und nicht in
einen Kampf gegen die mit ihr übereinstimmende starke
parlamentarische Mehrheit hineindrängen.

Das Sachverhalte wird noch im Laufe dieser
Tagung an den Reichstag gelangen — so hat Minister
von Miquel am vergangenen Montag im preussischen
Abgeordnetenhaus mitgeteilt. Es gelang ihm in einer
Antwort auf einige Ausführungen des konservativen Ab-
geordneten Freiherrn von Gröna, der darauf hinwies,
daß der Zunderbrand bei uns in Deutschland durch
solche künstliche Stützpunkte im Jahr bis fünfzehn Millionen
Mark jährlich geschädigt wird und daß die Erzeugung
dieser Stoffe mit einem Nutzen von hundert Prozent vor
sich geht. Dagegen sollte man mit einer energischen
Steuer vorgehen; außerdem sollte man den gewerblichen
Zugang von künstlichen Stützpunkten verbieten und diese an
die Apotheken verweisen. In seiner Antwort hob der
Minister hervor, daß der vorbereitete Gesetzentwurf wahr-
scheinlich noch weiter gehende Maßnahmen im
Sinne des Freiherrn von Gröna vorschlagen werde.

Cronberg, 29. Jan. Die Kronprinzessin von Griechen-
land ist heute Nachmittag 1 Uhr auf Schloß Friedrichs-
hof eingetroffen.

Dresden, 29. Jan. In dem Befinden des an In-
fluenza erkrankten Prinzen Georg trat bisher keine Ver-
besserung ein. Der Patient fühlt sich sehr matt, die Nah-
rungsaufnahme ist äußerst gering. Anlaß zur Besorgnis
ist jedoch nicht vorhanden.

Darmstadt, 29. Jan. Der russische Gesandte am
hiesigen Hofe, Oserow, ist gestern Abend nach längerem
Leiden gestorben.

Ausland.

Paris, 30. Jan. Der Bischof von Nizza sollte
durch das Streik der Grenzleitung angehalten werden,
daß aber in folgendem Telegramm an den Minister des
Innern die Exe abgelehnt:

„Der Minister. Durch das Amtsblatt erfahre ich, daß ich
zum Minister der Grenzleitung ernannt worden bin. Obwohl
ich Ihnen für Ihre wohlwollende Absicht dankbar bin, muß
ich Ihnen erklären, daß es mir unter den heutigen Umständen
unmöglich ist, diese Exe anzunehmen. Genehmigen Sie,
Herr Minister, u. s. w. Herr Bischof von Nizza.“
Was verdient alle Anerkennung.

Rom, 24. Jan. Die katholischen Zeitungen Italiens
bringen folgenden Aufsatz: „Die Jugendabteilung des
Komitees für katholische Kongresse in Genua hat be-
schlossen, am 10. März das zweite Jahresgedächtniß des
Todes von Ludwig Windthorst entsprechend zu begehen.
Bei der heutigen allgemeinen Plenarversammlung der Charaktere
und der berechtigenden Gleichgültigkeit, während andererseits
die Demagogen mit nachfolgenden Forderungen andrängen,
es sei ratsam, in dem Volke die edlen Gefühle des
Glaubens, der Freiheit, der wahren Vaterlandsliebe zu
beleben, indem man ihm die Beispiele der großen Kämpen

vor Augen führt. Und Windthorst, jener berühmte
katholische Abgeordnete Deutschlands, der mit so vieler
Wärme für die Freiheit der Kirche und des Vaterlandes
tritt, war ein solcher Held. Wir hoffen, den großen
Todes am 14. März nicht besser ehren zu können, als
durch eine würdige Gedächtnisrede, durch die Herausgabe
einer Zeitung (Erinnerungssammlung), und durch Verbreitung
einer illustrierten Postkarte.“

London, 29. Jan. Die „Allg. Ztg.“ knüpft an
den Namen des neuen Königs von England folgende
historische Erinnerungen an: Der Name Eduard knüpft
an die ältesten Ueberlieferungen der britischen Königs-
geschichte an. Eduard der Ältere, der Sohn
Alfred des Großen (900—924), Eduard der Jüngere
(975—978) wird als Heiliger der katholischen Kirche
verehrt, Eduard der Bekenner, des Letzteren Neffe (1042
bis 1066) ebenfalls. Eduard I. von England (1272 bis
1307) errang in langen Kämpfen die Oberhoheit über
Schottland, fiel aber schließlich im Kampf gegen
William Bruce. Er nahm theil an dem Kreuzzuge
Heinrichs des Heiligen und mit dem deutschen Kaiser
Adolf von Nassau war er im Bunde gegen Frankreich.
Sein Sohn Eduard II. (1307—1327) führte zum ersten
Mal als Kronprinz von England den Titel eines
„Prinzen von Wales“. Er setzte die Kämpfe gegen die
Schotten fort, aber seine Kraft wurde gelähmt durch
Umtriebe im eigenen Hofe. Zum Frieden gezwungen,
wurde er später vom Parlament der Krone für verlustig
erklärt und auf Betreiben seiner eigenen Gemahlin,
Isabella, der Tochter Philipp's des Schönen von Frank-
reich, zu Verleumdung ermordet. Eduard III. (1327—1377)
führte als Prinz als erster den Titel eines Herzogs
von Cornwall, der jetzt dem bisherigen Herzog von York
verleihen worden ist. Auch er mußte den Kampf gegen
Schottland fortsetzen und gewann zeitweilig die Ober-
hand. Beim Tode Karls VI. von Frankreich erhob er
Ansprüche auf den französischen Königsstern und mußte
diese auch da eine Zeit lang mit den Waffen zu be-
haupten, bis weitere Erhebungen der Schotten ihn zur
Aufgabe der erregenden Vortheile zwangen. Im Jahre
1347, nach Ludwig des Bayern Tod, wurde ihm die
deutsche Kaiserkrone angetragen, er schlug sie jedoch aus.
Im Innern herrschte er mit großer Macht und trat
von Anfang seiner Regierung den Umtrieben seiner
Mutter entgegen. Eduard III. ist der Stifter des
Hosenbandordens. Des vierten Eduard Regierung
(1461—1483) sah den langen Kampf der „Rothem
der Weissen Rose“, des Hauses York gegen Lancaster,
der mit wechselndem Glücke geführt wurde. Eduard V.
(1483) folgte, erst 13 Jahre alt, seinem Vater. Sein
Vormund und Oheim, der Graf von Gloucester, rief die
Krone an sich und ließ den jungen Eduard nebst seinem
Bruder Richard in ihren Ketten einsperren. Eduard VI.
(1547—1553) war ein Sohn Heinrichs VIII., aus dessen
Ehe mit Jane Seymour. Unter ihm wurde die Reforma-
tion in England eingeführt. Er war der letzte Tudor.
Als Königin Elizabeth starb, gab es keine Tudors mehr.
Obwohl die Erbrechte des Königs Jakob's I. von seiner
Ururgroßmutter Margarethe Tudor stammten, so gehörte
Jakob dennoch da Jane in die Stuart'sche Linie ge-
rechnet hatte, genealogisch dieser Familie an und mit
ihm begann die Stuart-Dynastie. Eduard VII. wird
in ganz ähnlicher Weise der erste König der neuen
Dynastie Sachsen-Coburg aus dem Hause Saaxen-
Coburg-Gotha, dem sein Vater angehörte, sein,
während seine Mutter noch dem Hause Hannover an-
gehört hat. Möge seine Regierung glücklicher sein, als
die der genannten Könige Eduard von England!

Petersburg, 28. Jan. Dem scheidenden deutschen
Botschafter Fürsten Radolin hat die deutsche Kolonie
in Petersburg am Samstag eine in Silber getriebene
Adresse und 50,000 Mark für eine Nihilisten-Stiftung zur
Errichtung eines Asyls für Greise überreicht. Fürst
Radolin hat diese Spende angenommen in der Voraus-
setzung, daß sie mit dem Namen Kaiser Wilhelm I. be-

kirchliche Nachrichten.

Rom. In seiner Enzyklika über die „kirchliche Demo-
kratie“ erinnert der Heilige Vater zunächst an seine früheren,
der sozialen Frage gewidmeten Enzykliken „Quadragesimo
annos“ und „Mater et magistra“ und hebt hervor, wie
auf der ab seiner Enzykliken die Katholiken ihre ganze Tätig-
keit dem sozialen Werk widmen. Sodann beschäftigt sich
die Enzyklika, nachdem sie die Bezeichnung „kirchliche
Sozialismus“ als nicht richtig zurückgewiesen, mit dem
Unterschiede zwischen dem „Sozialismus“ und der
„kirchlichen Demokratie“. Der erstere befaßt sich nur
mit materiellen Gütern und wolle vollständige Gleichheit
und Gütergemeinschaft herstellen, während die kirchliche
Demokratie die Vorschriften des göttlichen
Gesetzes acht und bei ihrem Bestehen, eine materielle
Besserung herbeizuführen, auch das geistige Wohl
der Völker im Auge habe. Ebenfalls weist man
die kirchliche Demokratie mit der politischen verwechselt.
Denn die eine könne und müsse, wie die Kirche, unter den
verschiedenen politischen Regierungsformen fortdauern, sie
müsse auch die gleichmäßige bürgerliche Autorität achten. So
verstande die Liebe die Bezeichnung „kirchliche Demo-
kratie“ nicht an sich, was irgend Jemand abstoßen könne.
Der Papst ermahnt sodann den Clerus und die Tätigkeit
der Katholiken, welche sich diesem in höchstem Maße
nützlich Werke widmen, und lobt das Spenden von
Almosen, welches nicht, wie die Sozialisten meinen, eine
Belohnung der Armen sei, sondern dazu diene, die Hände
der kirchlichen Liebe innerhalb der neuerlichen Gesell-
schaft enger zu gestalten. Zum Schluß ermahnt der Papst
die Katholiken, sich diese Grundsätze zu eigen zu
machen, sich einig zusammenzuschließen und
unwürdige Streitigkeiten bei Seite
zu lassen. Alles dies würde dazu beitragen, Nethermann
zu veranlassen, Alles zu fliehen, was einen aufwühlenden
und revolutionären Charakter habe, dagegen aber das Recht
des Anders zu achten, sich seinen Vorgehens
gegenüber achtungsvoll zu zeigen und praktische Gesetze
zum Leben zu führen. So werde der soziale Friede an allen
Orten wieder zur Ausbreitung gelangen. Die Enzyklika trägt
das Datum des 18. Januar 1901. Sobald uns dieselbe vor-

liegt, werden wir unerschrocken den ganzen Text in wort-
getreuer Uebersetzung wiedergeben. Es handelt sich wieder um
eine soziale Frage und die wohlthätigsten Früchte her-
vorderbringen wird.

Theater Konzerte, Kunst und Wissenschaft.

Karlsruhe 30. Januar.

Größ. Hoftheater. Gestern Abend wurde zum Ge-
büchtniß des nun heim gegangenen großen Komponisten
Verdi, über dessen Leiche sich heute das Grab schließt,
„Aida“ aufgeführt und bildete diese Vorstellung, durch
den Ernst und die Innigkeit, mit welcher die Mit-
wirkenden alle eintrifften, eine des großen Mannes wür-
digen Todtenfeier. — Verdi's Leben und Bildungs-
gang ist zur Genüge bekannt, sein Talent reichte nicht
an die Begabung seiner unmittelbaren Vorgänger Tom-
masini, Bellini und Rossini; auch sein künstlerisches Wissen
stand Anfangs seiner Tätigkeit hinter diesen zurück.
Alein Verdi wußte manche Lücke durch Noth und
Mühsamkeit zu decken und es kam ihm dabei auf ein
paar gewaltige Trivialitäten mehr oder weniger nicht
an; doch sein Talent entwickelte sich immer mehr und
mehr, er ging mit der Zeit und schwamm nicht
gegen den Strom derselben. Wie alle jungen Tonsetzer
mußte er Anfangs gleich erfahren, daß es viel leichter
ist ein Werk zu komponieren, als es zur Aufführung zu
bringen. Seine erste Oper „Oberto di San Boni-
fazio“ wurde 1839 am Scalatheater in Mailand auf-
geführt. Von da ab entwickelte er eine kolossale Pro-
duktivität. Eine Oper folgte der andern, die Hälfte der-
selben gefiel, die andere Hälfte fiel durch. Seine
bekanntesten Werke sind „Nabuccodonosor“ (oder abge-
kürzt Nabucco) 1842, „Lombardi alla prima crociata“
1843, (im Texten „Jerusalem“ genannt) — beide
übriens sehr schwache Werke — namentlich das erstere
mit einem unglücklichen Libretto, ferner „Ernani“

1844, „Macbeth“, „Lea“ und „Il duo Foscarini“
(von 1846 bis 1848) dann „Luisa Miller“, eine für
die Kenner Schillers geradezu schauerhafte Verballhornung
von dessen „Kabale und Liebe“, „Stiffello“
(1850), „Migoletto“ (1851), „Il Trovatore“
(1853), dann für die große Oper zu Paris, während
der dort 1855 stattgehenden Welt-Industrieausstellung
„Les Vêpres sicilienne“, „Il Masnadieri“ (nach
Schiller's „Münch“) und 1860 „Amelia, ossia un ballo
in maschera“, das „Eugene von Aubers“, „Gustav oder
der Maskenball“ behandelnd.

Von allen diesen Werken haben im Auslande, ins-
besondere in Deutschland, sich nur „Ernani“ (früher
hier auch gegeben), Migoletto (hier noch nie auf-
geführt), „Il Trovatore“, „Un ballo in maschera“
und „La Traviata“ (letztere eine ziemlich bedrehte,
mit vielem Pomp im Salonfrack aufgeführte, hier noch
nicht gegebene Oper) eingebürgert.

Verdi hatte eine ganz besondere Vorliebe für Sings-
stücke, die ersten Genres waren, und je mehr Genren und Ent-
fegen in denselben vorkamen, desto lieber saßen es ihm.
Eine Zeit lang bearbeitete er Tragödien Schillers und
Shakespeare's, es mußte sogar Byron einmal ein Sings-
stück, an dessen aber scheid ihm Viktor Hugo's neu-
französische Mord- und Unschuldmanik und Salvatore
Cammarano's Stoff zum „Trombadour“ etc. gefallen zu haben.
Seine melodischen Motive sind in der Regel kurzatmig,
aber es wäre unricht, wollte man ihm in der Ver-
wendung seiner Kunstmittel, hauptsächlich in der Har-
monik, eine gewisse Eigenblütlichkeit absprechen.

Es kann dem Musikkenner vorkommen, daß er irgend
einmal Verdi zu hören glaubt, wenn es Donizetti's Lust
ist, oder umgekehrt, Verdi aber wird man überall mit
Bestimmtheit erkennen. Er hat seinen Schwerpunkt
in der dramatischen Wirkung, denn der Komponist hatte
sich die Bühne, wenn auch nur deren äußere
Effekte, im Auge und das Theater konnte er durch und
durch. Seit man seine Werke genau kennt, hat sich auch

bei uns in Deutschland das früher unglücklichere Urtheil
über ihn wesentlich geändert. Verdi hat später vieles
von Meyerbeer, überhaupt von den neueren Deutschen
und Franzosen angenommen und selbst die neudeutsche
Richtung ist auf ihn nicht ohne Einfluß geblieben und
seine anfänglich für die Errichtung des Suezkanals be-
stimmte, aber erst nach dem großen Kriege von 1870/71
aufgeführte Oper „Aida“ läßt dies ganz überdeutlich
erkennen. In seinen älteren Werken bis zu diesem
ging er mehr auf frappante Effekte aus, liberal hatte er
glänzende Momente, aber es fehlte meistens eine voll-
ständige Einheit, er arbeitete leicht, nach einer gewissen
Schaubühne, ließ manches bis zur faden Unbedeutendheit
sinken, bis ihn wieder eine Situation der Handlung an-
regte und er wirklich Schönes zu schaffen wußte. Die
Menschenstimmen verstand er geschickt zu begabeln,
seine Orchesterleitung war immer sorgfältig und wirkungs-
voll, aber Polyphonie in den Chören, war, wie bei
den meisten Italienern, nie seine Sache. Wie sehr er
es vermochte, der Zeit und ihren Anforderungen Rechnung
zu tragen, wie bedeutend er sich der Wagner'schen
Richtung zuwandte, das beweisen seine späteren
Werke, sein in Wien und anderwärts aufgeführter
1887 komponierter „Othello“ und sein von ihm im
Alter von achtzig Jahren geschaffener „Falstaff“,
ein Werk, das eine seltene Frische des Geistes und
geradezu verblüffende Erfindungsgabe für solch hohes
Alter anzeigt, hier wiederholt mit Planck in der Titell-
rolle aufgeführt wurde, aber eben wegen einer gewis-
sen Monotonie, durch die langen, zuweilen zu manieren-
reichen Zweigespräche (dramatischer Sprachgefang) nicht recht
Anklang fand und die Erinnerung an Nikolai's
prächtige Bearbeitung des gleichen Sings nicht zu ver-
drängen vermochte.

Verdi hat keine neue Richtung geschaffen, aber er war
eines der bedeutendsten Talente der neueren Zeit, ihm
fiel ein reicher melodischer Strom, vieles in seinen Werken
ist schön gedacht, mit echt südländischer Gluth empfunden, mit

manu werde. Am Sonntag veranstaltete der französische Botschafter in Petersburg zu Ehren des scheidenden Fürsten Radolin ein Festessen.

Misch, 26. Jan. Die Stupschina nahm in der heutigen Sitzung einstimmig einen Antrag des Abgeordneten Gintisch an, demzufolge die Regierung ermächtigt wird, der Stupschina einen Gesandtschaftswortführer, durch welchen der Südwestteil des dem Staat gehörigen Bergwerkes in Maidanpel in das Eigentum des Königs Alexander übertragen wird, zum Zeichen der Hingebung des serbischen Volkes an seine Dynastie.

New-York Herald, 28. Jan. Nach einem Telegramm des New-York Herald aus Portof Spain gingen dort Meldungen über einen heftigen Kampf ein, der in der vorigen Woche in der Nähe von Guirra-Carpanto in Venezuela stattgefunden hat, und der mit einer entscheidenden Niederlage der Regierungstruppen geendet hat. Mehrere hundert Mann sind gefallen. Die Aufständischen hielten Carpanto wieder genommen und eine Menge Waffen und Munition erbeutet.

* Krieg in Südafrika.

Graf Raimond de Villeneuve, welcher in Transvaal das von Billewits-Warent gebildete französisch-holländische Korps nach dem Tode des Obersten Maximow befehligte, hat in „La Presse“ einige interessante Mitteilungen veröffentlicht, denen wir folgendes entnehmen. Die Kriegserklärung war eine Ueberraschung für die meisten Buren, da sie keine Ahnung davon hatten, daß eine Anzahl Kapitalisten sich ihres Landes bemächtigen wollten. Sie vertzant aber auf Krüger und zogen deshalb in den Krieg, ohne großen Eifer zu entwickeln. Erst die Verletzung aller Regeln des Völkerrechts durch Lord Roberts, das Ausplündern und Niederbrennen der Farmen, das Fortschleppen der Frauen und Kinder hat den Krieg in Südafrika für die Buren zu einem nationalen gemacht und man kann daher wohl sagen, daß der Krieg recht eigentlich erst anfängt. Das Klima ist die Hauptursache der Buren, denn es nimmt denjenigen, welche es nicht lieben, einen großen Teil ihrer Energie. Die Kräfte fallen es mit den Buren, weil sie von diesen menschlich behandelt und gebührend für ihre Arbeit bezahlt werden, während die Engländer sie, z. B. in den Minen von Kimberley, wie Gefangene behandeln. Der französische Graf erzählt ferner, daß er und der Kommandant von Johannesburg, Krause, am 18. Mai den Befehl erhalten hätten, Dynamitpatronen in die Minen zu legen, damit die Engländer bei ihrem Einrücken die Schächte und Maschinen zerstört fänden. Allein die Bedenken der alten Buren siegen noch einmal über die Nachgeben, welche die jüngeren Buren hegten, und es erfolgte am 20. Mai, ein Gegenbefehl. Bei dem gegenwärtigen Enthusiasmus der Buren könne man auf einen Trümpf rechnen. Die englische Armee habe zwei Zehntel ihres Effectivbestandes verloren und der Rest sei kampfschwach.

London, 28. Jan. Ein neuer Wechsel im britischen Oberkommando in Südafrika wird von einer Seite, die zu den höchsten Stellen in London enge Beziehungen hat, in der „Deutschen Wochenschrift“ in den Niederlanden“ angekündigt. Danach verläutet in eingeweihten Kreisen in London, Lord Kitchener's Abberufung von seinem Posten als Oberbefehlshaber in Südafrika werde unmittelbar bevor. An seine Stelle werde der General-Quartiermeister der englischen Armee, General Sir Evelyn Wood treten, derselbe, der nach Majuba den Waffenstillstand mit den Buren schloß. Sir Evelyn

Feuer und Leidenschaft wiedergegeben und sein großes dramatisches Gestaltungstalent hat ihn niemals im wichtigen Augenblick im Stich gelassen.

Am 11. die Waise Verdi's verstorben, aber mit seinen Werken wird sie noch lange fortleben, sein „Ernani“, „Trovatore“, „Nigoletto“ und „Aida“ z. (selbst noch „La Traviata“) haben ihm in der gebildeten Welt ein Denkmal gesetzt, das er nicht als Erz; diese Opern werden heute noch an allen großen und kleineren Bühnen Deutschlands mit großer Wirkung gegeben und auch unsere Hofbühnen hat einigen davon einen dauernden Ehrenplatz in ihrem Repertoire angewiesen, auch sie wird sein Andenken hoch halten!

Die Vorstellung war, wie schon Eingangs erwähnt, eine des berühmten Todten würdige. Unter den Klängen des orchestralen Vorspiels öffnete sich der Festvorhang und zeigte auf der Bühne das Transparent-Bustbild Verdi's, sehr gut ausgeführt, neben ihm stand, mit Vorberührung und Friedenspallone, der trauernde Genius. So wurde die Oper mit dem der Bedeutung des Verstorbenen entsprechenden sinnigen Grusse eingeleitet. Fräulein Föhndler hatte vortreffliche Leistungen abzugeben und so sprang denn rasch Fräulein Mailbac ein und führte die Titelpartie, hauptsächlich nach der schillernden Seite, mit bekannter Künstlerkraft durch. Die Herren Gerhäuser und Arnold, besonders auch Fräulein Tomshil und ferner die Herren Keller und Jäger waren mit stichtlichem Eifer erfolgreich bemüht, durch treffliche Leistungen der Bedeutung des Abends gerecht zu werden; Herr Hofkapellmeister Lorenz leitete das Werk mit Feuer und Hingebung.

von Stecken.

San Gohshulen. Professor Dr. Baumgartner, zur Zeit an der Universität Freiburg i. B., ist vom preussischen Kultusminister an die Breslauer Universität als Nachfolger des nach Bonn vertriehenen Professors Dr. Bäumler mit der Verpflichtung berufen worden, in Verbindung mit den anderen Fachprofessoren die philosophischen Fächer in Vorlesungen und Übungen zu vertreten und seine Lehrthätigkeit in Breslau mit Beginn des Sommersemesters 1901 zu beginnen. — Die Universitätsbibliothek in Gießen hat jüngst durch den handschriftlichen Nachlaß des im Jahre 1878 verstorbenen Professors der deutschen Sprache dafelbst, Karl Weigand, des Verfassers der bekannten Werke: „Wörterbuch der deutschen Synonymen“ und „Deutsches Wörterbuch“ eine interessante Bereicherung erfahren. Was den Nachlaß besonders wertvoll macht, das ist die große Summe von wissenschaftlichen, an Weigand gerichteten Briefen, die bis in die 40er Jahre zurückgehen. Sie weisen auf die Entstehungsgeschichte der genannten Wörterbücher manches interessante Streiflicht. Auch der frankfurter Sprachforscher, früherer Stadtbibliothekar Vor. Diesenbach ist mit 75 Briefen vertreten. — Da es den an der Pariser Universität immatrikulierten Studenten nicht gelungen ist, in der allgemeinen Studentenvereinsung Zugang zu finden, haben sie nunmehr einen eigenen Verein gegründet und ihr Klublokal im Hotel des Sociétés Savantes aufgeschlagen. Bemerkenswert ist, daß sie in den Statuten das Hazard-Spiel in den Klubsräumen verboten.

Wood soll als Stadtschef General-Major Stabe erhalten, einen persönlichen Freund des früheren Prinzen von Wales. Die „Post“ will erfahren haben, daß sich die Nachricht von der Abberufung Kitchener's nicht befähigen dürfte.

Baden.

Karlsruhe, 29. Januar. Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfangt heute Vormittag den Minister von Brauer zu längerem Vortrag und dann den General der Artillerie von Froben, Gouverneur von Reg. Um 1 Uhr folgten die Großherzoglichen Herrschaften einer Einladung zur Kaiserlichen Hoheit der Prinzessin Wilhelm zur Frühstücksstunde.

In der Besprechung des Nachmittags und Abends hörte Se. Königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Majors v. Schwerin und des Legationsrats Dr. Serrh. Seine Königliche Hoheit der Großherzog wird morgen Mittwoch Abend über Brüssel, Calais, Dover nach London reisen. In Brüssel wird Hofbesuche mit Seiner Königlichen Hoheit dem Kronprinzen von Schweden und Norwegen zusammenzutreffen und mit denselben die Reise gemeinsam fortsetzen.

Karlsruhe, 29. Januar. Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädig geruht, die Finanzpraktikante Julius Weigand von Luden und Ludwig Sammet von Mannheim unter Verehlung des Titels Finanzassessor zu zweiten Beamten der Bezirksfinanzverwaltung mit Hauptamtskontrolleurrang zu ernennen.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten wurde Stationsverwalter Max Hundt in Pensionen unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste mit Wirkung vom 1. März 1901 in den Ruhestand versetzt.

Karlsruhe, 30. Jan. In unserer gestrigen Nummer brachten wir einen Artikel aus Hornberg, dem wir am Schluß folgende Bemerkung beigefügt hatten:

„Wir entnehmen diesen Bericht der „Bad. Landeszeitg.“, die ihn ihrerseits irgend einem anderen Blatte entnommen zu haben scheint.“

Daraufhin sandte uns die Redaktion der „Badischen Landeszeitung“ eine Verichtigung, in welcher es wörtlich heißt:

„Wie kommen Sie dazu? Wir schreiben auf Grund eigener Korrespondenz. Bitte stellen Sie die Sache richtig und unerschaffen Sie in Zukunft solche Ihnen nicht zutreffende Bemerkungen.“

Wir können der „Landeszeitung“ die Verifizierung geben, daß wir den Irrthum auch dann richtig gestellt hätten, wenn wir in etwas höflicherer Form darum ersucht worden wären. Der Artikel war übrigens von ihr nicht in der sonst üblichen Weise als Originalarbeit gekennzeichnet.

Karlsruhe, 29. Jan. Es wird immer interessanter mit der „N. Bad. Landeszeitg.“. In ihrer neuesten Nummer ist zu lesen:

„Unsere objektive Haltung gegenüber der badischen Regierung ist lediglich durch sachliche Erwägungen diktiert. Wir glauben eben, daß das faulestlose direkte Wahlrecht leichter zu erreichen ist, wenn man nicht den Kampf bis aufs Messer proklamirt, sondern durch ein maßvolles Auftreten eine Verständigung zwischen den getragenen Parteien anbahnt. Außerdem sind wir der Meinung, daß das freirechtlich gewählte Bürgerthum in dem bevorstehenden Kampfe um den Zolltarif und die Handelsverträge anlässlich der großen schätzbarsten Reichstagsversammlung seine Hoffnungen bis zu einem gewissen Grade auf die Regierungen der Einzelstaaten setzen muß und daher keinen Grund hat, dieselben durch unnütze Sprossigkeiten zu brüskiren.“

Wir wollen den Leser in ungehöriger Abwegigkeit dieser Leistung einer „freimüthigen“ Redaktion belassen. In unmittelbarem Anschluß daran werden dem „Bad. Adsbote“ folgende Lebenswichtigkeiten gemeldet:

— Giuseppe Verdi. Der Stadtrath von Rom hielt am 28. ds. ein dem Andenken Verdi's gewidmete Sitzung ab. Es wurde beschlossen, einer Straße den Namen Verdi's beizulegen und seine Wüste auf dem Kapitol und im Parke auf dem Monte Pincio aufzustellen und am dem 1899 von Verdi bewohntem Hause eine Gedächtnistafel anzubringen. Sodann wurde die Sitzung aufgehoben.

— Neuere Nachrichten aus Mailand zufolge wird bei den Leidenfesterlichkeiten, den Zeremonienbestimmungen zufolge, von jeder Prachtentfaltung abgesehen werden. Die Leiche wird Mittwoch in die benachbarte Kirche San Francisco gebracht und alsdann provisorisch auf dem dortigen Kirchhofe beigesetzt werden. Am Donnerstag finden säkularische, kirchliche und bürgerliche Gedächtnisfeiern statt, am Freitag ein Verdi-Konzert in der Scala, das sich lediglich aus Kompositionen des Vereinigten zusammenlegt. Die einleitende Gedendrede wird Giacosa halten. Eine öffentliche Ansprache der Leiche, die von der Stadt geplant war, haben die Hinterbliebenen und Freunde Verdi's abgelehnt.

— Todesfälle. Der Direktor der Thierarzneischule in Bern, Henry Berdez, 59 Jahre alt, gestorben. — In Paris starben am 28. ds. der dramatische Dichter Henri de Pontier, Mitglied der Akademie, und die Schriftstellerin Jean Caro, Witwe des bekannten Akademikers.

— Der neue Inhaber der goldenen Helmshoh-Medaille, Sir George Gabriel Stokes in Cambridge, ist eines der ältesten Mitglieder der Berliner Akademie der Wissenschaften, der er schon seit 1859 angehört. Der Gelehrte, 1819 in Streken in Irland geboren, ist gleich ausgezeichnet als Mathematiker und als Physiker. Eine seiner hervorragendsten experimentellen Arbeiten ist die über die Fluoreszenz des Lichtes, deren Wesen er zuerst erkannte. Durch diese Arbeiten begründete er gleichseitig die richtige Theorie der Absorption des Lichtes.

— Verjährungs. Gelegentlich der in diesem Jahre in Hamburg tagenden 73. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte wird im physikalischen Staatslaboratorium daselbst eine das ganze Nantgenfaß umfassende, vom 22. bis 29. September dauernde Ausstellung stattfinden. — Der Oberbessische Geschichtsverein hat in Gießen einen Preis von 500 M. für ein Werk über die „Geschichte des Schiffenbergs als Kloster und Deutschordensniederlassung“ von seiner Stiftung bis zum Ausgange des vierzehnten Jahrhunderts ausgesetzt. Die Arbeit darf nicht mehr als 10 Druckbogen umfassen. — Dem Leiter der großen Abonnementkonzerte und Dirigenten der Opern, Dr. Volkand in Basel, wurde zur Feier seiner 25jährigen künstlerischen Thätigkeit in Basel von seinen Freunden und Verehrern der Betrag von 60 000 Franken als Ehrengeld übergeben. — Wie es heißt, hat Professor Michael J. Ruvin, ein Professor an der Columbia-Universität in New-York, eine Erfindung gemacht, nach welcher unterseische Fernsprechkanten in naher Zukunft in Aussicht stehen. Die Erfindung, über die nichts Näheres bekannt geworden ist, soll angeblich von der American Telephone and Telegraph Company für 1/2 Mill. Doll. gekauft worden sein.

Der „Bad. Landesbote“ freilich kann es sich nicht denken, daß für die Leitung eines unabhängigen Blattes ganz andere Gesichtspunkte maßgebend sein müssen, als Gesichtspunkte. Hat er sich doch nicht geteilt, behufs Einbringung ländlicher Momente sogar einer Erhöhung der Getreidepreise das Wort zu reden. Ein Blatt, das derart die wichtigsten demokratischen Grundfragen mit Füssen tritt, das die Interessen von Handel, Industrie und Arbeiterbevölkerung gewissenlos vertritt und verkauft, ein solches Blatt ist wahrlich am allerwenigsten berufen, den demokratischen Forderungen zu dienen! Wir danken der Redaktion der „N. Bad. Adsb.“ für ihr sichtlich Bemühen, ihrerseits den Beweis dafür zu erbringen, wie sehr wir Recht haben, zwischen ihr und anderen Freimüthigen zu unterscheiden.

Karlsruhe, 29. Jan. Unter den „letzten Nachrichten“ veröffentlicht die „Bad. Landeszeitg.“ Folgendes: „In Sachen des Organischen-Paragrafen steht, wie wir hören, die Regierung noch wie vor auf dem Standpunkt, daß die Aufhebung desselben unbedingt notwendig ist. Die Gesetzesvorlage wird auch den nächsten Landtag wieder beschickten. Die Erste Kammer wird vermutlich, dieses Mal kein Hinderniß in den Weg legen.“

Diese hochwichtige Reingkeit konnte auch ohne den Zusatz „wie wir hören“ in die Öffentlichkeit geworden werden. Wir glauben nicht, daß die Regierung direkt oder indirekt daran theilhaftig ist, daß die „Bad. Landeszeitung“ diese „neueste Nachricht“ bringt. Wenn es der Fall wäre, dann müßte man die Frage stellen, ob das Unterrichtsministerium es für nöthig hält, die Lehrfreiheit von der Richtung der „Bad. Landeszeitung“ zu beschwichtigen.

Karlsruhe, 29. Jan. Die „Konst. Ztg.“ schreibt: „Professor Matthias Baumgartner in Freiburg i. Br. ist, wie gemeldet wird, nunmehr zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität Breslau ernannt worden. Dagegen werden die gegen die Ernennung Baumgartners als eines katholischen Theologen laut gewordenen Einwände aus der philosophischen Fakultät selbst gegenstandslos, denn es handelt sich nun um eine vollendete Thatsache.“

Das ist eine sehr ansehbare Logik, die in diesem Schlußsatz zum Ausdruck kommt. Die geltend gemachten Beschwerden sind mit Nichten damit „gegenstandslos“ geworden, daß Herr Baumgartner unüberprüflich aus seiner Freiburger Berufstätigkeit scheidet. Sie werden im Gegentheil nur noch mehr empfunden.

Im Uebrigen wird es sich bald zeigen, ob sein Nachfolger als Dozent der Philosophie auch der philosophischen Fakultät eingegliedert wird oder nicht. Darüber wird man sich in den Kreisen der Unterrichtsverwaltung und der Gesamtregierung wohl keiner Täuschung hingeben, daß letzteres eine prinzipielle Forderung bleibt, deren Verwirklichung die ganz gleiche ist, ob der Dozent ein Theolog oder aber ein Laie ist.

Karlsruhe, 30. Jan. Im Kampfe gegen unsere Stellungnahme in der Getreidezollfrage hat nun der socialdemokratische „Volksfreund“ einen Bundesgenossen gefunden, und zwar im „Bad. Landes“, der ebenfalls Zweifel in die Wichtigkeit unserer Angaben über die Vertheilung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes zu setzen scheint. Wir sehen uns deshalb veranlaßt, hier die Statistik, wie dieselbe in dem in Frage stehenden Vortrag von Seiten des Herrn Redner gebraucht wurde, folgen zu lassen. Danach sind in ländlichem Besitz circa 32 Millionen Hektar:

8 Millionen (unter 100 Hektar) entfallen auf den Großgrundbesitz; 22 Mill. (von 2—100 Hektar) entfallen auf den mittleren und kleineren Bauernstand; 2 Mill. (bis zu 2 Hektar) vertheilt sich auf Handwerker, Arbeiter usw., die nicht als eigentliche Landwirthe zu betrachten sind. Es kann natürlich Niemandem verwehrt werden, die Besitzer von 20—100 Hektar zu den reichen Leuten zu zählen; ob sie's aber in Wirklichkeit sind, darüber gibt uns die Statistik über die zumeistende Vertheilung des Grundbesitzes näheren Aufschluß. Der Werth des Bodens wird in Deutschland auf 50, mit dem Inventar auf 60 bis 70 Milliarden, die Vertheilung auf mehr als 20 Milliarden M. geschätzt. Also nahezu der halbe Verkaufswert des Grundbesitzes ist verpachtet. Das davon gerade die mittleren Landwirthe, also die von 20—100 Hektar Grundbesitz, am schwersten betroffen werden, und daß gerade diese unter der Leutenoth, dem Rückgang der Rentabilität und anderen Skalamitäten am schwersten zu leiden haben, sollte auch den Herren von der linksliberalen Presse nicht unbekannt sein.

Dazu kommen noch ein Duzend anderer Gründe, welche eine Erhöhung der Getreidepreise auch für den landwirtschaftlichen Mittelstand notwendig erscheinen lassen. In dieser Beziehung finden wir im „Mündener „Arbeiter“ (Organ des Verbandes katholischer Arbeitervereine Süddeutschlands, Christliches Gewerkschaftsorgan) die folgenden Ausführungen:

Es ist richtig, daß die großen Grundbesitzer, die Tausende von Hektaren Getreide verkaufen, einen größeren Nutzen von den Hällen haben als die Kleinen, die nur einige Hektar auf dem Markt bringen. Dafür haben aber auch die Großgrundbesitzer vermehrte Ausgaben, namentlich höhere Löhne zu bezahlen. Aber es ist unrichtig, daß die kleinen Bauern keinen entsprechenden Nutzen von den Hällen hätten. Der Getreideverkauf beginnt nicht erst bei 10 oder 15 Hektar, wie vielfach angenommen wird, sondern hat schon bei 4 oder 5 Hektar seine Bedeutung. Aber auch noch kleinere Grundbesitzer haben ein Interesse daran, daß für das Getreide ein angemessener Preis erzielt wird. Denn der Getreidepreis läßt auch Einfluß auf die Preise für Vieh, für Milch, Butter, Kartoffeln, Obst, Gemüse, die auch der kleine Besitzer zu verkaufen hat. Dazu kommt, daß der kleine Besitzer, den die eigene Wirtschaft nicht ganz in Anspruch nimmt, einen Theil seines Einkommens als Tagelöhner bei den größeren Bauern bezieht. Dort wird er aber um so leichter Arbeit finden und guten Lohn bekommen, wenn der große und mittlere Bauer sein Getreide mit Nutzen verwerthen kann.

Selbst der Mann „ohne Acker und Halm“, der auf dem Lande und in den Kleinstädten lebt, wünscht mit Recht, daß der Getreidepreis nicht zu tief sinkt, und daß der Bauer bei guter Kaufkraft erhalten bleibt. Der bestgesehene Tagelöhner, der Kaufmann, der Handwerker auf dem Lande sieht seinen Wohlstand mit dem des Bauern steigen oder fallen. Man braucht nur die Wagenburg anzugucken, die in den Kleinstädten an Schrammentagen die Straßen sperrt, um zu begreifen, daß die säkularischen Geschäftsleute dem Bauern eine gute Einnahme wünschen. Denn auf dem Wagen, auf dem der Bauer und der Händler sein Getreide herbeiführt, fährt er eine Masse von Bauern hinaus aufs Land, natürlich um so mehr, je besser er sein Getreide und seine sonstigen Produkte verkauft hat. Wer auf dem Lande lebt, der lebt auch vom Lande und von seinem fleißigen Pflieger, dem Bauern.

Karlsruhe, 30. Jan. Der „Hegauer Erzähler“ drückt den im „Bad.“ veröffentlichten Grabs des Bezirksamtes Nassau, Verurteilung von Selbstmördern betreffend, ab und bemerkt dazu:

„Nicht so! Ein unglücklicher Selbstmörder ist auch noch ein Mensch. Früher gab es, und gibt es auch heute noch, jetzt noch hellenweise, auf den Kirchhöfen einen „Selbstmörder-Büchel“, in dem man die bedauernden Menschen, die das Verbrechen des Todes an eigenen Leben begangen, wie ein Stück Vieh verlor. Die Gräber der Selbstmörder durften kein Kreuz tragen usw.“

Das muß man doch mit mehr als einem Fragezeichen versehen. Vor Allem ist auch früher wie noch heute bei Selbstmördern ein Unterschied gemacht worden. Dem Selbstmörder, der mit eigener Verschuldung Hand an sich gelegt hat, verjagt die katholische Kirche die Ehre und Wohlthat des kirchlichen Begräbnisses. So war es früher und so ist es noch heute. Die Frage der „eigenen Verschuldung“ ist aber jeder Zeit mit weitestgehender Milde behandelt worden, wie namentlich Aerzte bezeugen können, die schon in die Lage kamen, in solchen Fällen Zeugnisse ausstellen zu müssen.

Allein auch in den Fällen, in welchen das kirchliche Begräbniß nicht gewährt werden konnte, war keine Rede davon, daß man einen Selbstmörder „wie ein Stück Vieh verlor“. Als bürgerliche und kirchliche Standesbeamten noch nicht getrennt, sondern in der Person des Pfarrers vereinigt war, hatte in solchen Fällen der Pfarrer oder Pfarrverweser die Obhut, in seiner Eigenschaft als bürgerlicher Standesbeamter Zeuge der Vergebung zu sein.

Die Praxis der katholischen Kirche gegenüber dem verschuldeten Selbstmörder ist vollumfänglich in ihrer Glaubenslehre begründet. Das sollte man wahrhaftig verstehen können, wenn man einmal so weit ist, im Selbstmord „das Verbrechen des Todes an eigenen Leben“ zu erblicken. Der hat der „Heg. Erz.“ diesen Ausdruck vielleicht nicht ernst gemeint, und gerade beizulegen, eine eigene Literatur über die „Selbstmordmänner“ aufgefunden, sollte man nicht aus rein sozialen Rücksichten sich hüten, die Sitten und den Sitten vor dem Verbrechen des Selbstmordes beizulegen zu helfen. Und das auf läßt es in der Wirkung hinaus, wenn in solcher Weise und mit solcher Tendenz an die „Humanität“ appellirt, wo eine wohlgegründete christliche Sitten-ernte Warnungstafeln anbringt.

Philippshurg, 29. Jan. Der Prozeß wegen des Eigentumsrechts an Götzen und Thurn ist am 25. ds. auch beim Reichsgericht in Leipzig zu Gunsten des Kirchenfonds gewonnen worden.

Walldürn, 29. Jan. Bei der heute dahier vorgenommenen Wahl eines Bürgermeisters wurde Herr Rechtsanwalt Knuth hier als solcher gewählt. Bei der Wahl, die Walldürn durch seine Wallfahrt, seinen Handel und Industrie hat, mußte man sich nach einer juristischen Straft umsehen, und es hat sich jetzt die beste Gelegenheit, da Herr Knuth, der als hiesiger Bürgerhelfer und Bürger mit den hiesigen Verhältnissen vertraut ist, sich Ende vorigen Jahres dahier als Rechtsanwalt niedergelassen hat. Herr Knuth geht der Auf eines tüchtigen, umsichtigen und schaffensfreudigen Juristen voraus, weshalb sich Walldürn auf dieser Wahl nur Glück wünschen kann.

Aus der Ortenau, 28. Januar. Köstlich ist die Personalkritik der badischen Landeszeitung über Herrn Professor Böing in Konstanz. Also: feingebildet und tolerant, man könnte fast sagen liberal ist er.“ Ja, ja, bei der Landeszeitung ist es umgekehrt; sie ist nicht liberal, ganz intolerant, man könnte fast sagen fast ungebildet. Die fragliche Charakteristik war zweifellos auffällig und wird vermutlich Herrn Böing keine Freude bereitet haben. Im Uebrigen galt sie nicht sowohl der Person des Herrn Böing an sich, sondern dem „Schulmann“ Böing. Wenn auch beide nicht zu trennen sind, so verdient dieser Umstand doch Beachtung. Auch wird es dem Leser nicht entgehen, daß der geehrte Verfasser obiger Zeilen die „Bad. Landeszeitg.“ resp. deren Redaktion nicht als „ungebildet“ charakterisiren will. (D. Mch.)

Vom Oberlande, 27. Jan. Der „Bad. Beob.“ hat nützlich einen sehr interessanten, mit großer Sachkenntnis geschriebenen Artikel veröffentlicht über die nachtheilige Wirkung, welche die Frauenarbeit in den Fabriken in Bezug auf das Familienleben und die Kindererziehung verursacht. Das Urtheil, welches in dieser gründlichen Abhandlung, welche den Nagel auf den Kopf trifft, über die Fabrikarbeit der Frauen ausgesprochen wird, stimmt sich auf die Erhebungen, welche die Gewerbeinspektoren der verschiedenen Länder in den Fabriken gemacht haben. Diese Erhebungen der Gewerbeinspektoren dürften meistens säkularische Verhältnisse im Auge haben; allein, es ist eine traurige Thatsache, daß die Frauenarbeit in ländlichen Bezirken, wo die Industrie blüht, mit jedem Jahr mehr zunimmt und sehr bedenkliche Erscheinungen im Familienleben und in der Kindererziehung im Gefolge hat. Schreiber dieses wohnt in einer Industrie-gemeinde. Fast alle Frauen, mit wenigen Ausnahmen, gehen in die Fabrik. Die kleinen Kinder, sogar jene, die noch nicht laufen können, werden entweder der Kinderpfleger zur Aufsicht übergeben, oder es werden Mütterchen im Alter von 8—10 Jahren als Kinderwärtchen angestellt. Manchmal hat ein schwaches Mädchen 2—3 Kinder zu hüten und zu pflegen. Das eine derartige Kinderpflege ungenügend ist, liegt auf der Hand; denn wenn eine Kinderpflegerin eine große Anzahl von Kindern zu beaufsichtigen hat, dann kann dieselbe sich nicht genügend mit der Pflege kleiner Kinder, die bedinglich im Bett liegen, abgeben. Und wenn Kinder, die selbst noch der Aufsicht bedürfen, beauftragt sind mit der Pflege kleiner Kinder, dann kann man sich sehr leicht vorstellen, wie diese Kinderpflege beschaffen sein wird. Wie viel wird ferner in solchen Familien, wo die Frau Tag für Tag abwesend ist, in anderer Beziehung vernachlässigt. Der Schaden, welchen die unbeschränkte Fabrikarbeit der Frauen dem Familienleben und der Kindererziehung verursacht, ist riesengroß. So darf es nicht fortgehen, sonst führt es zu schlimmen Dingen. Helfen kann nur die Gesetzgebung, indem sie die Frauensarbeit in den Fabriken beschränkt. Möge es unseren Sozialpolitikern im Reichstage recht bald gelingen, diese Lücke in der sozialen Gesetzgebung auszufüllen im Interesse des Volkswohls.

Freiburg, 29. Jan. Gestern hat die Prozeß-Sache Medel-Schroth vor der Strafkammer ihre Entscheidung gefunden und zwar durch einen Vergleich, zu dem der Gerichtspräsident, Landgerichtspräsident Fießer, die Anregung gegeben hat. Der Landrichter Medel war hauptsächlich in seiner beruflichen Ehre angegriffen und hatte ein Anrecht auf Genugthuung. Das Untergericht nahm an, der Angriff sei seitens des Herrn Landrichters Schroth wider besseres Wissen erfolgt und erkannte auf schuldig, wegen Verleumdung und Verleumdung. Die ausgesprochene Strafe sollte 800 Mark betragen. Wegen dieses Urtheil legte Schroth Berufung ein. Der Gerichtshof nahm vor Eintritt in die Verhandlung als Basis seines Vergleichsvorschlags an, daß der Bericht des Erz. Baumeisters Karlsruhe an die Kirchenbehörde

„Nicht so! Ein unglücklicher Selbstmörder ist auch noch ein Mensch. Früher gab es, und gibt es auch heute noch, jetzt noch hellenweise, auf den Kirchhöfen einen „Selbstmörder-Büchel“, in dem man die bedauernden Menschen, die das Verbrechen des Todes an eigenen Leben begangen, wie ein Stück Vieh verlor. Die Gräber der Selbstmörder durften kein Kreuz tragen usw.“

